

Den Spurt der Städte gewinnt Jena

Gäste und Leser sprechen mit der TLZ-Redaktion über die deutsch-deutsche Teilung und diskriminierte Christen

Von Thorsten Bükler

Jena. Wo Jena heute stünde, wäre die DDR nicht implodiert? Schwierige Frage. Wie bei einem Rennen seien die ehemalige Bezirksstadt Gera und Jena nach 1989 losgespurtet, wobei mit Blick auf die Wirtschaft die Ausgangslage durchaus vergleichbar gewesen sei. Große, prägende Wirtschaftszweige an der Saale und an der Weißen Elster waren typisch für die Großstädte. Und doch sei Jena heute der Wirtschaftsmotor für Thüringen. „Die Grundvoraussetzungen 1989 ließen allerdings anderes vermuten“, sagte OB Thomas Nitzsche (FDP).

60 Jahre nach dem Mauerbau: Ein geschichtliche Zäsur also bot am Montag den Rahmen für die TLZ, um mit Gästen und Lesern am Löbdergraben ins Gespräch zu kommen. Nitzsche, der nach seinem Urlaub sichtbar gut erholt seinen ersten Arbeitstag hatte, sagte, dass der Stadt heute niemand in Thüringen das Wasser reichen könne und die Melange aus jungen Menschen und Wissenschaft das kritische Denken zu DDR-Zeiten beflügelt habe. Auch deshalb sei Jena seit den 1970er Jahren ein Zentrum der DDR-Opposition gewesen.

Zur Berufsaufgabe gezwungen

Wer sich mit dem Thema Opposition beschäftigt, landet sehr schnell bei der Kirche: Seit anderthalb Jahren widmet sich ein interdisziplinäres Forschungsteam von vier wissenschaftlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen am Lehrstuhl für Kirchengeschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena der wissenschaftlichen Aufarbeitung von verfolgten Christinnen und Christen in der DDR, erklärte die stellvertretende Chefredakteurin Gerlinde Sommer, die gemeinsam mit Chefredakteur Nils Kawig vor Ort war.



Ins Gespräch kommen: Das konnten Leserinnen und Leser der TLZ am Montag mit der Redaktion und Gästen. Das Infomobil machte Station im Zentrum von Jena. Mit Gerlinde Sommer (4.v.l.) und Nils Kawig (r.) sprachen Roland M. Lehmann, Anita Henneberger, Christoph Matschie, Thomas Nitzsche und Maximilian Rosin (von links).

FOTO: THORSTEN BÜKLER



Einhergehend mit der Militarisierung in den 1960er Jahren (Mauerbau, Wehrpflicht, Wehrerziehungslager) seien die Konflikte zwischen Christen und der SED programmiert gewesen, sagte der Koordinator des Projektes, Roland Lehmann.

Den Totalverweigerern habe das

Gefängnis gedroht, auch die Bausoldaten seien vor Schikanen nicht verschont geblieben. Nicht nur junge Erwachsene seien davon betroffen gewesen, auch Schülerinnen und Schüler wären subtilen Formen der Diskriminierung ausgesetzt gewesen. Die Mitarbeiterin im Forschungsprojekt, Anita Henneberger, nannte den Sportunterricht als Beispiel, denn das Schießen mit dem Luftgewehr oder das Werfen einer Handgranaten-Attrappe sollte die jungen Menschen natürlich auf den Dienst bei der NVA vorbereiten. Und Lehrer, die sich widersetzen, seien zunächst ausgetauscht und später zur Aufgabe des

Berufes gezwungen worden. Letzte Konsequenz: die Totalverweigerung. Deren Zahl sei in den 1980er Jahren stark angestiegen, viele Betroffene seien Zeugen Jehovas oder Angehörige anderer Glaubensrichtungen gewesen, sagte Maximilian Rosin. Die Zahl der Verurteilten gehe bis 1989 in die Tausende, wobei die Rehabilitation nach der friedlichen Revolutionen nicht einfach sei. Oft genug fehlten nämlich die Urteile.

Der SPD-Politiker Christoph Matschie war 1983/1984 bei der NVA; es sei ein Kompromiss gewesen, um seinen Traum von einem Medizinstudium erfüllen zu kön-

nen. Zur Vorbereitung arbeitete er danach in der Krankenpflege. Das Studium blieb Matschie aus politischen Gründen dennoch verwehrt. Nach drei gescheiterten Anläufen wandte er sich der Theologie zu. „Kompromisse ließen sich mit dem System nicht machen“, sagte der SPD-Politiker, der im Herbst nicht wieder für den Bundestag kandidieren wird. Christoph Matschie warb dafür, ein besseres Verständnis für die Menschen im Osten aufzubringen. „Es macht einen Unterschied, ob ich in Düsseldorf oder Jena aufgewachsen bin.“ Die Menschen seien von unterschiedlichen Lebenswelten geprägt.